



Datum: 07.02.2018

Vorlage der Verwaltung für:	Abstimmergebnis		
	Ja	Nein	Enth.
Stadtvertretung			

☒ öffentliche Sitzung	☐ nichtöffentliche Sitzung
---	---

Dezernat: I	Amt: Bürgermeisterbüro/Ratsbüro	Sachbearb.: Frau Lingemann
----------------	------------------------------------	-------------------------------

Beteiligte Ämter:	Sichtvermerk:	gesehen:	I	II	III
Bürgermeisterbüro					

TOP: Fraktionsanträge
- Information über den aktuellen Sachstand

Produktgruppe: 11.01 Verwaltungsmanagement

1. Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung nimmt den in der Vorlage dargestellten aktuellen Sachstand der Fraktionsanträge zur Kenntnis.

2. Sachverhalt und Begründung:

Die Stadtvertretung hat am 26.02.2013 beschlossen, in jeder 1. Ratssitzung eines Quartals turnusmäßig den Tagesordnungspunkt "Fraktionsanträge - Information über den aktuellen Sachstand" zu behandeln. Anträge, die ab diesem Zeitpunkt gestellt werden, sollen bis zum Abschluss erläutert werden.

Zuletzt wurde mit Vorlage IX/915 vom 19.09.2017 über den Sachstand der Fraktionsanträge berichtet. Aktuell liegen drei Fraktionsanträge vor. Der aktuelle Sachstand wurde in den Fachämtern abgefragt und ist nachfolgend aufgeführt.

• **Voruntersuchung Straßenplanung Verbindungsstraße Gleidorf - Grafschaft**
Antrag der CDU-Fraktion vom 28.02.2015

Es ist vorgesehen in einem 2. Bauabschnitt, die Straße bis zum "Stromhäuschen" oberhalb der Wassergewinnung Gleidorf mit einer zweischichtigen Deckensanierung (6 cm Binde-schicht + 4 cm Deckschicht) zu versehen und die Bankette zu erneuern. Hierfür sind im Haushaltsplan 2018 Mittel für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 300.000 € etatisiert.

Für die Vorplanung einer neuen Trassenführung vom Aberg bis nach Gleidorf sind im Haushaltsplan 2018 und 2019 insgesamt 100.000 € vorgesehen worden.

- **Einrichtung eines Kreisverkehrs in Fleckenberg**
Antrag der UWG-Ratsfraktion vom 29.03.2017

Ein Sachstandsbericht zu dem Antrag wurde dem Technischen Ausschuss mit Vorlage IX/858 vorgelegt. In seiner Sitzung am 05.07.2017 hat den Technische Ausschuss den Punkt mit folgendem Beschluss beraten: Der Technische Ausschuss nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis und unterstützt grundsätzlich den Antrag der UWG-Ratsfraktion vom 29.03.2017 auf Errichtung eines Kreisverkehrs.

Nach Eingang des Antrages der UWG-Fraktion wurde telefonisch mit dem Leiter des Landesbetriebs Meschede Kontakt aufgenommen. Dieses wurde auch in der Ausschusssitzung am 05.07.2017 bekannt gegeben. Der Antrag wurde mit Schreiben vom 25.07.2017 an den Landesbetrieb Straßen NRW in Meschede verschickt.

Eine Antwort seitens des Landesbetriebes in Meschede kam mit Schreiben vom 04.10.2017. In diesem Schreiben wurde seitens des Landesbetriebes die Errichtung eines Kreisverkehrs an dem vorgeschlagenen Knotenpunkt abgelehnt. Begründet wurde dies damit, dass weder Leistungsfähigkeitsprobleme innerhalb des Einmündungsbereiches dort bekannt sind, noch dass an diesem Knotenpunkt ein Unfallhäufungspunkt vorliegt. Bekannt wäre nur ein polizeibekannter Unfall in den letzten 3 Jahren. Als weitere Begründung führt der Landesbetrieb an, dass die B 236 und die beiden Straßen Latroper Straße und Jagdhauser Straße nicht an einem Punkt zusammengeführt werden könnten. Vielmehr schlägt der Landesbetrieb in diesem Schreiben eine Abbindung der Latroper Straße an die Jagdhauser Straße an, also eine städtebauliche Lösung.

Eine städtebauliche Lösung kann seitens der Stadt nicht mitgetragen werden. In einem weiteren Schreiben der Stadt mit Datum vom 04.12.2017 wurde dies dem Landesbetrieb auch mitgeteilt. Da das Ergebnis der Bürgerbefragung der UWG-Fraktion vorlag, wurde dies dem Landesbetrieb mitgeteilt. Hierbei wurde drauf hingewiesen, dass bei einer Beteiligung von 857 Bürgern eine Mehrheit von 96,7 % für eine Errichtung eines Kreisverkehrs gestimmt hätte. Aufgrund dieser beiden angeführten Tatsachen wurde der Landesbetrieb aufgefordert seine mit Schreiben vom 04.10.2017 mitgeteilte Meinung über einen Kreisverkehr noch einmal zu überdenken. Eine Antwort auf dieses Schreiben liegt noch nicht vor.

- **Flächenausweisung für Wohnmobilstellplätze**
Antrag der UWG-Ratsfraktion vom 06.09.2017

Die Stadtvertretung hat am 12.10.2017 beschlossen, den Antrag in die Fraktionen und zur weiteren Bearbeitung an den Bezirksausschuss Schmallenberg und Technischen Ausschuss zu verweisen und die Verwaltung zu beauftragen, die Angelegenheit für das weitere Beratungsverfahren inhaltlich aufzuarbeiten.

Das Thema ist im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2018 umfassend und aus Sicht der Verwaltung abschließend beraten worden und wird von daher zunächst einmal nicht weiterverfolgt. Sobald sich ein Investor für eine solche Anlage bei der Stadt meldet, wird die Verwaltung das Thema selbstverständlich wieder aufgreifen.

Die Stadtvertretung hat mit dem städtebaulichen Rahmenplan Schmallenberg die Grundlage für den mittel-/langfristigen Ausbau von zentrumsnahen Wohnmobilstellplätzen geschaffen (Maßnahme M 19).

Zur Info: Auf den verschiedenen Internetseiten, die als "Stellplatzfinder" genutzt werden, sind für Schmallenberg 10 Stellplätze zu finden. An drei Stellen werden Wohnmobilstellplätze geplant.